

**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax : (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 20.01.2016

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Schule und Weiterbildung vom 18.01.2016****öffentlich****4.6 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten und Sportbauten (1 Dreifach- und 1 Zweifachsporthalle) für das Barbara-von-Sell Berufskolleg und die Edith-Stein-Realschule, Niehler Kirchweg 118 und 120, 50733 Köln-Nippes
1822/2015**

Herr Dr. Schlieben erinnert daran, dass der Ausschuss im Jahre 2008 einen Planungsbeschluss auf der Basis einer Machbarkeitsstudie mit mehreren Varianten gefasst hat. In der Zwischenzeit hat man von dieser Vorlage nichts mehr gehört. In der aktuell vorgelegten Vorlage werden umfangreiche Fragen und Probleme vom Ausschuss erkannt, die dringend zu diskutieren wären. Die Fragestellungen - wie etwa die eines Parkdecks - hätten bereits früher kommuniziert werden können, damit man Zeit gehabt hätte, sich damit auseinanderzusetzen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet für seine Fraktion darum, die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben, da noch Klärungsbedarf bestehe. Die Dringlichkeit der Entscheidung sei nicht nachvollziehbar, wenn das Ergebnis der Entwurfsplanung erst Ende 2019 dem Rat vorgelegt werden kann. Auch das Erfordernis eines vorgeschalteten Architektenwettbewerbes sei zu hinterfragen. Auf Seite 4 könne man lesen, dass die Schule keine Fernwärmeversorgung hat. Er möchte bis zur Sitzung des Betriebsausschusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln wissen, ob man bereits mit der Rheinenergie gesprochen habe, ob eine Fernwärmeversorgung doch möglich sei.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stellt dagegen den Änderungsantrag, die Verwaltung zu bitten, die Vorlage zu überarbeiten: Die Begründung für die Errichtung einer Tiefgarage oder eines Parkdecks auf dem Schulhof sei nicht nachvollziehbar. Eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr führt in der Regel zu einer Reduzierung der geforderten Stellplätze. Eine gründliche Prüfung einer möglichen Reduzierung der Stellplätze sei deshalb erforderlich. Die Begründung, dass zusätzliche Parkmöglichkeiten wegen des geplanten Ausbaus des Mauenheimer Gürtels erforderlich seien, sei nicht zielführend, weil dieser Ausbau auf

Grund der geänderten politischen Konstellation zur Disposition stehe. Auch der vorgeschlagene Energiestandard EnEV 2014 sei nicht zukunftsweisend: Ab 2019 sei der Passivhausstandard verpflichtend. Die Klärung dieser Fragen soll bis zum nächsten Ausschuss am 29.02.2016 erfolgen, damit die Möglichkeit einer gründlicheren Beratung bleibt.

Auch Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), meint, dass ein Architektenwettbewerb bei Schulen zu einem zu großen Zeitverlust führt und zu teuer sei. Wenn man bei den aktuellen Energiestandards bleibe, könne dies ein Ansporn für die Verwaltung sein, die Planung möglichst noch vor Inkrafttreten des Passivhausstandards fertig zu stellen. Man habe sich auf die aktuell gültigen Standards für die Planung geeinigt. Wenn man jetzt bei einzelnen Schulen erneut anfangen, andere Standards zu beschließen, dann führe das wieder zu Neuplanungen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, schließt sich dem Wunsch nach einer Zurückweisung der Vorlage mit überarbeiteter Wiedervorlage zur nächsten Sitzung des Ausschusses an. Da auf Grund der gestellten Fragen sowieso eine Überarbeitung erforderlich ist, könne auch ein künftig geltender Energiestandard berücksichtigt werden.

Herr Dr. Schlieben fasst die Anträge zusammen, dass einerseits von der SPD-Fraktion der Wunsch bestehe, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben und andererseits ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Zurückweisung der Vorlage mit der Bitte um Überarbeitung und spätere Wiedervorlage gestellt wird, über dessen einzelne Abschnitte zunächst getrennt abgestimmt werden soll.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Stellplätze nach den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um eine Baugenehmigung zu bekommen. Sie geht davon aus, dass eine erneute Prüfung dies bestätigen wird. Die Verwaltung plant alle Baumaßnahmen nach den jeweils rechtlich gültigen Standards. Das ist aktuell die „EnEV 2014 in der Fassung 2016“. Wenn die Verwaltung anders planen soll, dann soll ein klarer politischer Beschluss dazu gefasst werden. Jedes Umplanen führe unweigerlich zu einem Zeitverlust.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass er für seinen Wahlkreis am Ausbau des Mauener Gürtels festhalten wird.

Herr Konrads stellt klar, dass auf dem Schulgrundstück 109 Stellplätze nachzuweisen sind. Daneben müssen auch Erweiterungsbauten und Sportbauten errichtet werden. Das enge Grundstück lasse keine Alternative zu dem Parkdeck zu. Ein Architektenwettbewerb führe nur zu unnötigen Verzögerungen. Alle Alternativen seien bereits in der umfangreichen Machbarkeitsstudie zur Vorlage geprüft worden.

Herr Dr. Schlieben hält dem entgegen, dass die Verwaltung selbst einen Architektenwettbewerb in der ursprünglichen Planungsbeschlussvorlage vorgeschlagen hatte.

Herr Konrads erwidert, dass dieser Vorschlag aus dem Jahr 2008 mittlerweile von der Verwaltung zurückgezogen wurde. Die Verwaltung beabsichtigt, ein VOF-Verfahren mit Stehgreifentwurf durchzuführen.

Auch Frau Gordes, CDU-Fraktion, regt wegen der vorliegenden Machbarkeitsstudie an, keinen Architektenwettbewerb zu realisieren. Zur Sicherstellung der Qualität empfiehlt sie aber eine Mehrfachbeauftragung in Abstimmung mit der Stadtplanung.

Herr Konrads ergänzt noch, dass für die gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr bereits ein Nachlass von 30% bei den errechneten Stellplätzen gewährt wurde.

Herr Dr. Schlieben lässt danach zunächst abschnittsweise über den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und anschließend über den zusammengefassten Änderungsantrag abstimmen.

1. Abschnitt des gemeinsamen Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung weist die Vorlage zurück mit der Bitte, die Verwaltung möge die Vorlage schnellstmöglich überarbeiten mit dem Ziel, als Energiestandard den Passivhausstandard zu setzen. Anschließend soll sie wieder vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

2. Abschnitt des gemeinsamen Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Darüber hinaus soll auch geprüft werden, ob es eine Alternative zu der Errichtung eines Parkdecks/einer Tiefgarage und eines auf ihm befindlichen Schulhofs gibt und ob der Stellplatznachweis so umfangreich wie vorgetragen erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung weist die Vorlage zurück mit der Bitte, die Verwaltung möge die Vorlage schnellstmöglich überarbeiten mit dem Ziel,

1. als Energiestandard den Passivhausstandard zu setzen,
2. zu prüfen, ob es eine Alternative zu der Errichtung eines Parkdecks/einer Tiefgarage und eines auf ihm befindlichen Schulhofs gibt und
3. dabei auch zu überprüfen, ob der Stellplatznachweis so umfangreich wie vorgetragen erfolgen muss.

Anschließend soll die Vorlage wieder vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion **zugestimmt**.